

WPS Nr. 318
Bundesverband der Regionalbewegung e.V.

Berlin, 23. August 2017

Frage 1:

Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

Antwort:

Auf der Website Ihres Verbandes heißt es „Eine Region lebt von den Menschen, ihrer Identität mit ihrem Lebensraum sowie den Netzwerken und Verbindungen der Bewohner.“ Wir sehen das auch so und wollen die Menschen in ihren Regionen auf vielfältige Art unterstützen:

1. Wir wollen Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau fördern. Die bewährte Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur und Küstenschutz“ werden wir für bessere wirtschaftliche Perspektiven in städtischen und ländlichen Regionen in ganz Deutschland weiterentwickeln. Dazu wollen wir auch mit besseren Rahmenbedingungen die touristische Entwicklung vor Ort nachhaltig stärken. Regionen mit besonderen demografischen Herausforderungen wollen wir bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge, im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Mobilität, bei der Bewältigung von Leerstand in Wohn- und Gewerbeimmobilien und beim Ehrenamt unterstützen.
2. Zudem wollen wir die regulären Wirtschaftsförderprogramme für die strukturschwachen Regionen öffnen. Davon profitieren kleine Unternehmer wie beispielsweise ein Möbelschreiner oder eine Bäckerin. So bleiben die Regionen lebendig und wir sorgen gleichzeitig für Zukunftsperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum.
3. Wir wollen die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen außerdem nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden.
4. Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir regionale Innovationsagenturen gründen. Sie treiben gesellschaftlich sinnvolle Innovationsansätze voran, unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen. Wir setzen

hierbei neben dem klassischen Technologie- und Wissenstransfer auch auf neuere Ansätze wie Open Innovation.

5. Im ländlichen Raum sorgen wir für eine starke öffentliche Infrastruktur, damit keine Region abgehängt wird. Mit den Regionalisierungsmitteln werden wir weiterhin einen attraktiven Schienenpersonennahverkehr sicherstellen.
6. Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist gute und barrierefreie medizinischer Versorgung oft Standard. Wir wollen, dass das auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung.

Frage 2:

Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt bzw. klein- und mittelständische Strukturen gestärkt werden?

Antwort:

Wir haben in dieser Legislaturperiode einen stabilen institutionellen Rahmen für den Bundesverband Regionalbewegung geschaffen. Damit ist die Grundlage für eine dauerhafte Beteiligung am öffentlichen Leben geschaffen. Wir werden darauf achten, dass der Bundesverband bei allen kommenden Gesetzgebungsvorhaben, die einen Bezug zu regionalem Leben haben, mit einbezogen wird, damit seine Stimme Gehör findet und die Interessen der kleinen und mittelständischen Betriebe gewahrt bleiben.

Frage 3:

Welche Chancen sehen Sie in regionalen Kreisläufen für die internationale Wirtschaftspolitik bzw. die deutschen Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit?

Antwort:

Die SPD sieht große Potentiale im regionalen Wirtschaften – besonders im Bereich der Landwirtschaft. So wollen wir die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Auch Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Wir wollen den Verbleib eines größeren Anteils der Wertschöpfung in der Region erreichen. Vor allem ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden. Die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt bleibt ein wesentliches Ziel unserer Entwicklungspolitik. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern als einen zentralen Baustein an. So leben drei von vier hungernden Menschen in den Entwicklungsländern im ländlichen Raum. Den ländliche Raum in Entwicklungsländern wollen wir stärken durch Investitionen in die Infrastruktur (v. a. Lagerung, Transport und dezentrale Energieversorgung) und durch die Förderung von Wertschöpfung vor Ort und den Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingimporten.

Wir werden auch die Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements) daraufhin prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen. Wir setzen uns zudem für einen gerechten Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen für die lokale Bevölkerung ein und werden „landgrabbing“ sowie die zunehmende Monopolisierung des Saatgut Handels durch einige wenige Agro-Business-Konzerne nicht akzeptieren.

Frage 4:

Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?

Antwort:

Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab. An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir werden zudem sicherstellen, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

Frage 5:

Wie kann aus Ihrer Sicht eine unabhängige Agrarforschung gewährleistet werden?

Antwort:

Eine auf Dauer unabhängige Agrarforschung muss frei von Einzelinteressen sein. Das ist am ehesten bei einer staatlich finanzierten Forschung der Fall.

Frage 6:

Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?

Antwort:

Die Grundsätze des gerade erst novellierten Vergaberechts sehen vor, dass öffentliche Aufträge im Wettbewerb vergeben werden. Die Teilnehmer im Wettbewerb sind dabei gleich zu behandeln. Diese Grundsätze können grundsätzlich nicht mit dem Argument eingeschränkt werden, dass Aufträge in der Region bleiben sollen. Die Gestaltung einer Ausschreibung in der Weise, dass lokale Unternehmen begünstigt werden, verstößt vielmehr gegen das Diskriminierungsverbot und das Gleichbehandlungsgebot.

Bei der Vergabe werden nach dem neuen Vergaberecht allerdings künftig vermehrt Aspekte der Qualität und der Innovation sowie umweltbezogene und insbesondere auch soziale Aspekte berücksichtigt. Die Berücksichtigung dieser qualitativen und Nachhaltigkeitsaspekte kann im Einzelfall zur Folge haben, dass regionale Produkte (etwa aufgrund der besseren Ökobilanz regionaler Lebensmittel) sich als wirtschaftlichste Angebote darstellen und daher den Zuschlag erhalten. Auch kürzere Anfahrtswege können zu einem Kostenvorteil führen.

Außerdem sind bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen mittelständische Interessen besonders zu berücksichtigen. Leistungen sind daher in der Regel in Teil- oder Fachlosen zu vergeben (§ 97 Abs. 4 GWB). Das Gebot der Losaufteilung ermöglicht gerade kleinen und mittleren (und damit auch vielen regionalen) Unternehmen, am Wettbewerb um öffentliche Aufträge teilzunehmen. Insbesondere kürzere Anfahrtswege können zu einem Kostenvorteil führen. Wir raten daher den öffentlichen Auftraggebern dazu, bei der Auftragsvergabe konsequent von der Möglichkeit zur Losbildung Gebrauch zu machen. Darüber hinaus sind derzeit keine weiteren gesetzlichen Schritte erforderlich.

Frage 7:

Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?

Antwort:

Wir setzen uns für eine klare Herkunftskennzeichnung auf Lebensmitteln ein. Es muss erkennbar sein, wo ein Produkt hergestellt wurde und wo seine Rohstoffe herkommen, insbesondere im Fall von Fleisch. Wir haben uns deshalb in der vergangenen Legislaturperiode ganz besonders für eine verpflichtende Herkunftsangabe auf verarbeiteten Fleischprodukten stark gemacht. Sie wird vom zuständigen CSU-geführten Bundesministerium jedoch bisher abgelehnt.

Ein freiwilliges Label, mit dem regionale Produkte besonders ausgelobt werden, muss auf einheitlichen und verbindlichen Standards basieren, die das Regionalitätsverständnis der Verbraucherinnen und Verbraucher widerspiegeln. Die aktuell geltenden Parameter des vom Bundesernährungsministerium entwickelten „Regionalfensters“ sollten deshalb noch einmal mithilfe der Verbraucherforschung auf den Prüfstand gestellt werden.

Frage 8:

Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?

Antwort:

Wir werden uns für ein Bundesprogramm zur Förderung der Regionalvermarktung einsetzen. Regionalvermarktung kommt den Wünschen vieler Verbraucher entgegen, bietet den beteiligten Landwirten einen stabilen Absatzweg und vermeidet unnötig lange Wege. Nicht zuletzt hält sie die Wertschöpfung in der Region.